

SPD BRANDENBURG, Alleestraße 9, 14469 Potsdam

Verband der Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes der Länder Brandenburg und Berlin e.V. Herrn Steffen Hampel (Vorsitzender) Vorsitzender

Per E-Mail: s4hampel@gmx.de

Ansprechpartner: Erik Stohn

Generalsekretär

+49 331 73098-0 Telefon: Telefax: +49 331 73098-346

E-Mail: Erik.Stohn@spd.de

Potsdam 30.08.2019

Sehr geehrter Herr Hampel,

über Umwege haben uns nun leider erst jetzt Ihre Wahlprüfsteine erreicht. Wir bitten dies zu entschuldigen. Ihre Wahlprüfsteine möchten wir Ihnen gern im Block beantworten.

Die Gewährleistung einer qualitativ hochwertigen, flächendeckenden und wohnortnahen Gesundheitsversorgung in allen Regionen des Landes ist für die SPD ein wesentliches Element der Daseinsvorsorge und eine zentrale Aufgabe politischen Handelns. Deshalb wurde gemeinsam mit der KVBB zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung ein Landärzteprogramm aufgelegt. Das Förderprogramm sieht u. a. Stipendien für Medizinstudierende vor, die sich für einen späteren Einsatz im ländlichen Raum entscheiden. Darüber hinaus steht die SPD zu ihrem Wort, alle Krankenhausstandorte und Notaufnahmen zu erhalten und sie bedarfsgerecht weiterzuentwickeln. Gerade in ländlichen Regionen sollen die Krankenhäuser auch einen zusätzlichen Beitrag zur ambulanten Versorgung leisten. Dazu investieren wir jährlich mindestens 100 Mio. Euro in unsere Krankenhäuser. Wir wollen studentische Praktika in Hausund Facharztpraxen fördern sowie zur Hausarztentlastung das Projekt "Agnes Zwei" weiterentwickeln. Wir unterstützen weiterhin die Medizinische Hochschule Brandenburg sowie den Brandenburgischen Gesundheitscampus. Außerdem wollen wir in der Gesundheitsversorgung stärker die Potentiale der Digitalisierung nutzen. Zudem werden wir den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) stärken, der für uns neben der ambulanten und stationären Versorgung ein zentraler Bereich des Gesundheitswesens, ein unverzichtbarer und wichtiger Teil des Sozialstaates ist. Damit unterstreichen wir die Fortführung unserer Politik der letzten Jahre. So hatte die SPD-geführte Landesregierung mit der Umsetzung des Landtagsbeschlusses aus dem Jahr 2017, genauer mit dem dauerhaften Beitritt Brandenburgs zur "Akademie für Öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf", bereits ein entsprechendes starkes Signal gegeben. Mit dem Beitritt zur Akademie ist den Brandenburger

Beschäftigten nun der Zugang zu einem bewährten, qualitätsgesicherten, praxisorientierten und vielschichtigen Bildungsangebot möglich, was den ÖGD und den Verbraucherschutz im Land Brandenburg nachhaltig stärkt. Wir ermöglichen unseren fleißigen und engagierten Fachkräften somit gute Aus-, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Wir brauchen diese qualifizierten Fachkräfte, damit auch weiterhin das breite Aufgabenspektrum zum Beispiel in den kommunalen Gesundheitsämtern Brandenburgs bewältigt werden kann.

Wir schätzen im höchsten Maße, dass der ÖGD neben den Krankenhäusern wichtige Aufgaben in den Bereichen Gesundheitsvorsorge, Gesundheitsförderung, Krankheitsverhütung und Schaffung gesunder Lebensbedingungen wahrnimmt. Insbesondere im Bereich der Gefahrenabwehr werden wir uns auf neue Herausforderungen einstellen. Dazu ist auch eine zuverlässige und strenge Arzneimittelaufsicht unabdingbar, die wir entsprechend personell ausstatten.

Mit unseren Vorhaben für die kommende Legislaturperiode wollen unterstreichen, dass sich alle Brandenburgerinnen und Brandenburger, in allen Regionen des Landes, auf eine umfassende und qualitativ gute Gesundheitsversorgung verlassen können. Wir wollen ein Brandenburg, in dem alle Menschen, bis ins hohe Alter, aktiv, selbstbestimmt und gleichberechtigt leben und teilhaben können. Daher setzt sich die SPD für eine eigenständige Respektrente ein, die deutlich über der Grundsicherung liegt. Zudem wollen wir einen Seniorenbeauftragten installieren, um die Interessen der Ältesten der Gesellschaft besser zu unterstützen. Um die Gesundheit der älteren Brandenburgerinnen und Brandenburger zu verbessern, wollen wir die Angebote für Senioren- und Rehasport ausweiten. Außerdem sollen Seniorinnen und Senioren besser über Möglichkeiten der Gesundheitsvorsorge informiert werden.

Um eine gute und umfassende Pflegeversorgung mit qualifiziertem Fachpersonal sicherzustellen, wird die SPD auf zielgerichtete und nachhaltigen Maßnahmen der letzten Jahre, wie die Brandenburger Pflegeoffensive oder der Öffnung der Altenpflegehilfeausbildung für Schulabgängerinnen und Schulabgänger, aufbauen. Zudem setzen uns für ein solidarisch finanzierte Pflegevollversicherung ein. Darüber hinaus wollen wir einen Flächentarifvertrag Pflege bzw. Mindestarbeitsbedingungen in der Pflege für allgemeinverbindlich erklären lassen. Wir wollen weiterhin aktiv das Bewusstsein für eine inklusive Gesellschaft stärken und Brandenburgs vielfältige Vorreiterrolle in der Behindertenpolitik ausbauen, wie im Punkt der Beseitigung von Wahlrechtsausschlüssen. Wir werden das Behindertenpolitische Maßnahmenpaket oder das bereits um 30 Prozent erhöhte Landespflegegeld für Schwerbehinderte, Blinde und Gehörlose überprüfen und anpassen. Bei Krankenhäusern, Arztpraxen, Apotheken und Gesundheitsdienstleistenden achten wir verstärkt darauf, dass sie auch für Menschen mit Behinderungen erreichbar sind, dass mobilitätseingeschränkte

Bürgerinnen und Bürger überhaupt Zutritt erlangen können, dass Menschen mit Sprach-, Hör-, Seh- sowie kognitiven Einschränkungen ihr Anliegen verständlich vortragen und entsprechend Hilfe finden können.

Dabei haben wir auch die Familien im Blick. Sie sind für uns das Rückgrat unseres Landes. Es sind Menschen, die füreinander Verantwortung übernehmen. Wir sehen es daher als unsere Pflicht an, Familien zu unterstützen und zu entlasten. Heute ist es für viele Menschen schwer, Familie und Beruf im Alltag zu vereinbaren. Deshalb wollen wir Familien durch ausreichende Betreuungsangebote für Kinder in Kitas und Horten und bessere Möglichkeiten der Pflege unterstützen. Die verschiedenen Unterstützungsangebote haben wir im Familienpolitischen Maßnahmenpaket verankert. Das Programm umfasst Maßnahmen z. B. zur gesundheitlichen Betreuung von Kindern, zur Bildung, zur Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern und zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit sowie zum Ausbau einer familiengerechten Infrastruktur. Dazu zählen heute rund 50 Lokale Bündnisse für Familie, 19 regionale Netzwerke Gesunde Kinder mit rund 40 Standorten, das Netzwerk Gesunde Kita sowie über 30 Mehrgenerationenhäuser. Dabei arbeiten wir mit den Familienverbänden eng zusammen.

Zudem werden wir auch in Zukunft im Punkt der Gesundheitsberichterstattung auf Mittel wie die Brandenburger Gesundheitsplattform setzen, welche Daten und Fakten zur gesundheitlichen und sozialen Lage der Bevölkerung aufführt und dabei Sachverhalte, Handlungsbedarfe und Ergebnisse benennt.

Wir hoffen, Ihnen mit der Beantwortung der Fragen etwas geholfen zu haben.

Mit freundlichen Grüßen

Erik Stohn

Generalsekretär